



Bundestagswahl
Das neue Grundsatzprogramm
der CDU **Seite 2**



Jahresempfang
Oberbürgermeister Daniel Schranz
appelliert: Haltung zeigen! **Seite 5**



Klartext für Oberhausen

Februar 2025

Bundestagswahl 2025

„Vertrauen verdient, wer liefert!“

Deutschland braucht einen Neustart



Simone-Tatjana Stehr, Bundestagskandidatin für den Wahlkreis Oberhausen und Dinslaken. Foto: Michael Dahlke / FUNKE Foto Services

Drei Jahre Ampel-Regierung aus SPD, Grünen und FDP haben Deutschland geradewegs in die Krise geführt. Wirtschaftlicher Stillstand, politischer Dauer-Streit und fehlende Visionen prägen die Bilanz. Besonders bei den Themen innere Sicherheit und Migration hat die Ampel komplett versagt und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger verspielt. Die schrecklichen Verbrechen von Mannheim, Magdeburg, Solingen und Aschaffenburg zeigen: Es ist nicht damit getan, Entsetzen und Betroffenheit zu bezeugen – die Menschen erwarten endlich konsequentes Handeln. Friedrich Merz und die CDU haben einen klaren Plan, um den Kontrollverlust zu stoppen und die Sicherheit wiederherzustellen. **(Lesen Sie auf Seite 8 zum Fünf-Punkte-Plan der CDU.)**

Die CDU fordert aber auch auf anderen Gebieten einen politischen Neustart mit klaren Zielen und einer Strategie, die unser Land wieder nach vorne bringt.

Wirtschaft in der Rezession

Deutschland steckt in einer tiefen wirtschaftlichen Krise: Hohe Energiepreise, ausufernde Bürokratie und eine verfehlte Subventionspolitik schwächen unseren Standort. Statt die Wirtschaft zu modernisieren, hat die Ampel-Regierung sie stark geschwächt. Ein Ergebnis: Unternehmen wandern ab, vor allem energieintensive Branchen sind betroffen.

Gleichzeitig fehlt ein wirksames Konzept zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. „Unsere Wettbewerbsfähigkeit schwindet, weil die Ampel falsche Prioritäten gesetzt und unsere Wirtschaft ausgebremst hat,“ kritisiert Simone-Tatjana Stehr, Kreisvorsitzende der CDU Oberhausen und Bundestagskandidatin für den Wahlkreis Oberhausen und Dinslaken. „Deutschland braucht endlich eine wirtschaftspolitische Strategie, die Innovation fördert und den Standort stärkt.“

Fehlende Führungsstärke in Europa

Auch außenpolitisch kann die Bilanz der Ampel-Regierung nur als desaströs bezeichnet werden. In Zeiten globaler Krisen – von der Rivalität zwischen den USA und China über den Nahost-Konflikt bis zum Krieg in der Ukraine – fehlt Deutschland auch eine klare Strategie für Europa. Wichtige Themen wie Energieunabhängigkeit, Verteidigung und Innovationspolitik wurden völlig unzureichend vorangetrieben.

„Die Ampel hat es versäumt, Deutschland in Europa und der Welt stärker zu positionieren. Moralische Außenpolitik reicht eben nicht aus,“ so Stehr. „Das großspurige Versprechen der ‚Zeitenwende‘ wurde gebrochen!“ Ob Wirtschaft, Soziales oder Außenpolitik – die Ampel hat nicht geliefert. Scholz, Habeck und Lindner haben keine gemeinsamen Lösungen gefunden, sondern Blockaden geschaffen, die uns allen und unserem Land schaden. „Vertrauen verdient, wer liefert – und das hat diese Regie-

rung nicht getan,“ betont Stehr. „Warum sollten ausgerechnet diese Parteien mit denselben Akteuren ab 2025 plötzlich bessere Politik machen? Wer dreieinhalb Jahre nicht liefert, wird kaum unentdeckte Fähigkeiten für einen Neustart parat haben. Diese Regierung hat gezeigt, wozu sie in der Lage ist, jetzt brauchen wir einen klaren Politikwechsel. Wir brauchen neue Perspektiven, mehr Mut und eine Politik, die bereit ist, über sich hinauszuwachsen.“

Ein klares Signal für die Zukunft

„Mit unseren Plänen zu einer Agenda 2030 legen wir den Grundstein für einen wirtschaftlichen Neustart, der unser Land wieder nach vorne bringt“, betont Stehr: Steuererleichterungen für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen, Senkung der Sozialabgaben, Investitionen in Wohnungsbau und Infrastruktur und eine klare Begrenzung der Migration. „Die Menschen und Unternehmen haben genug von steigenden Kosten und wachsenden Vorschriften,“ unterstreicht Stehr. „Arbeit muss sich wieder lohnen! Das Bürgergeld war ein Fehler, der den Sozialstaat schwächt. Wir brauchen Reformen, die Menschen in Arbeit bringen. Fördern und Fordern muss wieder uneingeschränkt gelten. Alles andere können wir uns nicht mehr leisten.“ Deutschland hat eine Regierung verdient, die liefert.



Zukunft gewinnt, wer handelt!

Deutschland steht vor einer richtungweisenden Bundestagswahl. Die letzten drei Jahre Ampel-Regierung haben unser Land in eine Sackgasse geführt – die Wirtschaft liegt am Boden, die Politik erfährt einen massiven Vertrauensverlust und die Gesellschaft ist tief gespalten. Jetzt ist es Zeit für einen politischen Neustart, der Deutschland wieder nach vorne bringt!

Mit unserer Bundestagskandidatin Simone-Tatjana Stehr haben wir für Oberhausen und Dinslaken eine klare Antwort: Sie steht für eine Politik, die liefert, statt zu versprechen. Sie steht für Konzepte, die mutig und zukunftsorientiert sind, statt ideologisch verblendet.

Unser Wahlkreis braucht wieder eine verlässliche Stimme für unsere Interessen in Berlin.

In Oberhausen macht es die CDU bereits vor: Mit Oberbürgermeister Daniel Schranz, der Oberhausener Stadtverwaltung und der CDU-Fraktion schaffen wir die Grundlage für ein modernes, lebenswertes Oberhausen. Wir schaffen Heimat. Wo andere zaudern, handeln wir – und das mit Erfolg!

Am 23. Februar zählt jede Stimme. Wählen Sie Zukunft, wählen Sie Sicherheit, wählen Sie CDU und lesen Sie in dieser Klartextausgabe, warum CDU wirkt!

Tobias Henrix
CDU-Fraktions-
geschäftsführer



Interview

Mit Engagement und neuen Perspektiven für Oberhausen. Die beiden stellvertretenden Parteivorsitzenden Gundula Hausmann-Peters und Johannes Thielen im großen Interview. **Seite 4**

Sicherheit



Der Kommunale Ordnungsdienst wird durch zusätzliche Stellen gestärkt: Eine Initiative der CDU-Fraktion, die für mehr Sicherheit sorgt. **Seite 6**

Stadtplanung

Die CDU fordert eine neue Verbindungsstraße zwischen Brammenring und Ripshorster Straße. Doch SPD, Grüne und Linke-Liste blockieren: Ein herber Rückschlag für Borbeck und Oberhausens Verkehrsanbindung. **Seite 7**

Asylpolitik

Die CDU setzt auf einen Fünf-Punkte-Plan, um die Asylkrise zu lösen: Klare Regeln, schnellere Verfahren und faire Entlastung für die Kommunen. **Seite 8**

Politikwechsel für Deutschland

Grundsatzprogramm



Deutschland steht vor großen Herausforderungen – Freiheit, Frieden, Wohlstand und Sicherheit stehen unter Druck und sind gefährdet. **Nach drei verlorenen Jahren unter der Ampel braucht unser Land den Politikwechsel mit der CDU.**

Die CDU setzt auf Stabilität und Aufbruch, um die Kraft und das Potenzial Deutschlands freizusetzen. Mit einer entschlossenen Politik wollen wir unser Land wieder nach vorne bringen – für mehr Zusammenhalt und für eine bessere Zukunft.

Wohlstandsversprechen umsetzen

Wir setzen auf eine Politik für die Fleißigen. Leistung muss sich wieder lohnen – mit gezielten Entlastungen und moderner Arbeitsgestaltung:

- **Steuerliche Entlastung:** Anpassung des Einkommensteuertarifs und Rückkehr zu maximal 40 % Sozialversicherungsbeiträgen.
- **Mehr Netto für Mehrarbeit:** Steuerfreiheit für Überstundenzuschläge.
- **Unterstützung für Pendler:** Erhöhung der Pendlerpauschale.
- **Modernisierung des Arbeitsrechts:** Künftig soll für alle Unternehmen anstelle der täglichen eine wöchentliche Höchstarbeitszeit gelten.
- **Fachkräftesicherung:** Digitale „Work-and-Stay-Agentur“ für ausländische Arbeitskräfte – von Anwerbung bis Visavergabe alles aus einer Hand.

Zuwanderung ordnen und steuern

Deutschland braucht eine Wende in der Migrationspolitik. Der hohe Zuzug überfordert unser Land. Klare Regeln und eine Begrenzung der Migration sind dringend nötig.

- **Grenzkontrollen:** Wir kontrollieren unsere Grenzen und setzen Zurückweisungen durch. Deutschland entscheidet wieder selbst, wer einreisen und bleiben darf.
- **Schnellere Verfahren und Rückführungen:** Sichere Herkunftsstaaten werden erweitert, Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan wieder aufgenommen.
- **Familiennachzug und Aufnahmeprogramme beenden:** Der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte wird ausgesetzt, freiwillige Aufnahmeprogramme werden eingestellt.
- **Sozialleistungen begrenzen:** Für ausreisepflichtige Personen gelten „Bett, Brot und Seife“. Die Bezahlkarte bleibt bestehen.
- **Europäisches Asylrecht reformieren:** Asylanträge sollen in sicheren Drittstaaten gestellt und bearbeitet werden, wo auch Schutz gewährt wird.



Energie bezahlbar machen, Klima marktwirtschaftlich schützen

Wir stehen für eine Energie- und Klimapolitik, die mit den Menschen gestaltet wird – nicht gegen sie. Unser Ziel: bezahlbare Energie, Versorgungssicherheit und wirksamer Klimaschutz durch marktwirtschaftliche Lösungen.

- **Günstiger Strom für alle:** Wir senken Stromsteuer und Netzentgelte, damit die Preise spürbar sinken.
- **Mehr Versorgungssicherheit:** Ausbau von Netzen, Speichern und Erneuerbaren, gekoppelt mit einem klaren Fokus auf Bezahlbarkeit.
- **Kernenergie als Option:** Wir erforschen neue Technologien wie Small Modular Reactors und prüfen die Wiederaufnahme des Betriebs abgeschalteter Kernkraftwerke.
- **Schluss mit Ideologie:** Das Heizungsgesetz der Ampel schaffen wir ab und setzen auf technologieoffene, emissionsarme Wärmelösungen.
- **Effizienter Klimaschutz:** Der Emissionshandel bleibt unser Werkzeug, um Emissionen gezielt und effektiv zu begrenzen.

Recht und Ordnung durchsetzen

Für uns hat Sicherheit oberste Priorität. Mit einer klaren Null-Toleranz-Strategie und stärkeren Befugnissen für Polizei und Strafverfolgung sorgen wir dafür, dass Straftäter konsequent zur Rechenschaft gezogen werden:

- **Schnelle und konsequente Strafen:** Strafrecht verschärfen, Verfahren beschleunigen – Strafe muss der Tat folgen.
- **Schutz vor Gewalt:** Elektronische Fußfesseln für Gewalttäter, besonders zum Schutz von Frauen.
- **Überwachung an Brennpunkten:** Mehr Videokameras und Gesichtserkennung an Gefahrenorten, damit Straftäter nicht ungestraft bleiben.
- **Kampf gegen Kindesmissbrauch:** Verpflichtung der Internetanbieter zur Speicherung von IP-Adressen für eine konsequente Verfolgung von Gewalt gegen Kinder, auch online.
- **Nein zur Legalisierung von Drogen:** Das Cannabis-Gesetz der Ampel schaffen wir ab – zum Schutz unserer Kinder und Jugendlichen.

Bauen, Wohnen und zukunftsfähige Mobilität ermöglichen

Menschen sollen gut leben, wo ihr zu Hause ist.

- **Bezahlbares Bauen ermöglichen:** Wir entschlacken das Bauordnungs- und Raumordnungsrecht, reduzieren unnötige Vorschriften und fördern einfaches sowie innovatives Bauen. Nur günstigeres und mehr Bauen sorgt für günstigere Mieten.
- **Mieterschutz und soziale Förderung:** Wir setzen auf wirksamen und angemessenen Mieterschutz, solide Förderung des sozialen Wohnungsbaus und regelmäßige Anpassungen des Wohngelds.
- **Effiziente energetische Sanierungen:** Kosten für energetische Modernisierungen sollen von der Erbschaft- und Schenkungsteuer abziehbar sein, um Sanierungen zu erleichtern und den Bestand zukunftsfähig zu machen.
- **Mobilität für alle:** Wir reformieren die Bahn, trennen Infrastruktur- und Transportbereiche stärker und schaffen mehr Wettbewerb. Gleichzeitig setzen wir auf den Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität und machen die digitale Fahrzeug-Anmeldung und Fahrzeugakte zum Standard.
- **Zukunft der Automobilindustrie sichern:** Wir setzen uns dafür ein, das Verbrenner-Verbot rückgängig zu machen, ohne die E-Mobilität aus dem Blick zu verlieren.

Unser gesamtes Wahlprogramm finden Sie unter:



Bundestagswahl

Wer? – Stehr!

Eine starke Stimme für Sie in Berlin

Als Oberhausenerin kenne ich unsere Stadt, ihre Chancen und Herausforderungen.

Genau deshalb trete ich an: für Sie, Ihre Familien und unsere gemeinsame Zukunft.

Ich höre zu, packe an und kämpfe für Lösungen, die etwas bewegen – für eine **starke Wirtschaft**, die Arbeitsplätze sichert, für **beste Bildungschancen** schon für unsere Kleinsten und für eine **Gesundheitsversorgung**, auf die wir uns alle verlassen können.

Sprechen Sie mich an, schreiben Sie mir, kommen Sie vorbei.

Am Wahlkampfstand, bei Veranstaltungen oder auf anderen Kanälen – ich freue mich auf Sie und den Austausch mit Ihnen persönlich!



Simone-Tatjana Stehr, Bundestagskandidatin

Foto: Carsten Paul

Stehr hält Wort.

Ich bleibe ehrlich. Politik ist nicht einfach – und das sage ich auch so.
Ich höre zu. Ihre Stimme zählt, nicht meine Meinung.
Ich bleibe unbequem. Keine Ausreden. Kein Wegdrücken.
Ich kämpfe. Für unsere Region. Für Sie – in Berlin.
Ich bleibe nah. Berlin als Arbeitsplatz – Oberhausen als Lebensmittelpunkt.
Ich kann das: zwei Jahrzehnte in Politik und Beruf – mit Bodenhaftung und klarem Kompass.



Simone-Tatjana Stehr Geboren: **1970 in Oberhausen** Beruf: **Leitende Direktorin eines Zentrums für Lehrerausbildung** Ausbildung: **Politik und Deutsch für das Lehramt Sek. II und I** Status: **Wenn ich Wind wäre, wäre ich Sturm.**

Ob auch ihr Tag nur 24 Stunden hat, das kann man sich schon mal fragen. Simone-Tatjana Stehr ist Politikerin, CDU-Fraktionsvorsitzende und Kreisvorsitzende in Oberhausen, im Landesvorstand der CDU-NRW, in Aufsichtsräten und Ausschüssen. Sie kandidiert für den Bundestag – ist immer unterwegs, immer im Gespräch. Sie ist die Frau, die keine Ruhe gibt, sich für Bildung, Gesundheit und Wirtschaft stark macht, dabei den Draht zu den Menschen hält und ihre vielfältigen Erfahrungen zu nutzen weiß.

Ihre politische Karriere? Parallel zum Job, die letzten zwei Jahrzehnte Kommunalpolitik und eine erfolgreiche berufliche Laufbahn im Schuldienst – ein Balanceakt, der Disziplin und Einsatz verlangt und nur mit viel Leidenschaft funktioniert.

In Oberhausen aufgewachsen, hat sie die Stadt und ihre Herausforderungen fest im Blick. Wenn sie nicht gerade in ihrem Job oder als Politikerin durch die Gänge eilt, ist sie gerne ganz privat unterwegs, plant mal Urlaub und Auszeiten mit ihren beiden Patenkindern, trifft Freunde und genießt Zeit mit ihrer Familie. Und an besonders langen Tagen? Braucht es zwei Portionen Mayonnaise.

Sie ist eine Frau, die mit Klarheit und Überzeugung handelt, sich aber auch von Momenten der Ruhe und des Nachdenkens nicht abbringen lässt. Sie



Bei den Aufnahmen für einen Wahlkampfspot im Januar. Fotos: Privat

weiß: wenn man den Sturm einlädt, muss man auch wissen, wie man ihn lenkt. Nachdenklich wird sie, wenn sie über die Gesellschaft und die (auch welt-)politische Entwicklung spricht – vor allem in einer Zeit, die durch Ungewissheiten und starke Veränderungen geprägt ist. Aber das hält sie nicht davon ab, die Ärmel hochzukrempeln und voranzugehen.

Gestaltungswille, Ausdauer, Verantwortung und Humor zeichnen sie ebenso aus wie ihre unbedingte Leidenschaft für ihren Beruf und zukunftsorientierte Politik in ihrer Heimat. Und wenn sie in den Bundestag geht, wird es nicht leise werden – aber genau das ist auch ihr Plan. Kaffee? Schwarz, aber mit einem Lächeln.

Wirtschaft

Unsere Wirtschaft ist das **Fundament für Arbeitsplätze** und Wohlstand in unserer Region. Damit auch in Zukunft Wachstum und Innovation möglich sind, setze ich mich für eine starke Wirtschaftspolitik ein – mit besseren Rahmenbedingungen, um **unsere Unternehmen vor Ort zu stärken** und sie von unnötiger Bürokratie spürbar zu entlasten.

Wir müssen auch die **Chancen der Digitalisierung gezielt nutzen**, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und unsere Region zukunftsfähig zu machen. Es braucht weniger Hürden, damit Unternehmen wieder investieren und wachsen können. Fortschritt muss unser Taktgeber sein!

Packen wir es an – für Sie und unsere Heimat!

Gesundheit

Gesundheit ist unser höchstes Gut – und **jeder Mensch hat ein Recht auf eine verlässliche und hochwertige Versorgung.** Ich kämpfe dafür, dass lange Wartezeiten auf Arzttermine der Vergangenheit angehören, Apotheken vor Ort gestärkt werden und pflegende Angehörige die Unterstützung bekommen, die sie verdienen.

Gute Gesundheitspolitik denkt weiter: **Prävention, eine starke Infrastruktur und eine moderne Versorgung** müssen endlich Priorität haben. Fortschritt muss unser Taktgeber sein!

Packen wir es an – für Sie und unsere Heimat!

Bildung

Bildung ist der **Schlüssel für die Zukunft unserer Kinder** – und damit für eine starke Gesellschaft und eine stabile Wirtschaft. Deshalb brauchen wir ein **verlässliches, leistungsorientiertes Bildungssystem**, das junge Menschen optimal vorbereitet.

Leistung muss sich wieder lohnen – von Kernfächern wie Deutsch und Mathe bis hin zu den Bundesjugendspielen. **Ein bundesweit einheitliches Abitur** auf hohem Niveau sichert Qualität und die duale Ausbildung verdient mehr Anerkennung und Förderung. Fortschritt muss unser Taktgeber sein!

Packen wir es an – für Sie und unsere Heimat!



Foto: Uwe Ernst

Interview

Mit Engagement und neuen Perspektiven für Oberhausen

Gundula Hausmann-Peters und Johannes Thielen im Interview

Redaktion: Frau Hausmann-Peters, Herr Thielen, Sie beide sind als stellvertretende Parteivorsitzende der CDU Oberhausen seit Mitte des letzten Jahres im Amt. Was hat Sie zu dieser Aufgabe motiviert?

Gundula Hausmann-Peters: Für mich ist es der Wunsch, aktiv an der Entwicklung unserer Stadt mitzuwirken. Oberhausen ist meine Heimat und ich möchte hier positive Veränderungen anstoßen – gerade im Bereich Bildung und Schulentwicklung. Ich möchte sicherstellen, dass unsere Schulen den Ansprüchen unserer Kinder gerecht werden.

Johannes Thielen: Ich teile diesen Wunsch, Oberhausen weiterzubringen, besonders aus der Perspektive von jungen Menschen. Das möchte ich in meiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender engagiert einbringen.

Redaktion: Frau Hausmann-Peters, Schulentwicklung in Oberhausen ist ein Thema, das Ihnen sehr am Herzen liegt. Welche konkreten Ziele haben Sie in diesem Bereich?

Hausmann-Peters: Wir haben in Oberhausen die historisch große Chance, unsere Schulen nach Jahrzehnten endlich wieder besser ausstatten zu können und so Lernumgebungen zu schaffen, die modernen Anforderungen entsprechen. Hierfür hat die Stadt seit 2021 mehr als 114 Millionen Euro in die Hand genommen und wird auch in den nächsten Jahren nochmals mindestens 150 Millionen Euro investieren. Wir sehen also, wie es positiv gehen kann. Digitale Medien sind wichtig, aber auch die Gestaltung von Lernräumen und die Unterstützung der Lehrkräfte. Bildung ist die Grundlage für die erfolgreiche Zukunft unserer Kinder und wir müssen dabei die gesamte Bildungsbiographie im Auge behalten: vom Elementarbereich über die Grundschule bis zum Übergang in die Ausbildung oder das Studium.

Redaktion: Herr Thielen, Sie engagieren sich in der CDU auch für Jugendthemen. Seit zwei Jahren sind Sie aber der Jungen Union entwachsen. Welche Prioritäten setzen Sie jetzt in Ihrer Funktion als stellvertretender Parteivorsitzender?

Thielen: Junge Menschen sind ein wesentlicher Teil unserer Stadt, das möchte ich auch zukünftig im Blick behalten. Ich habe mich über 13 Jahre in der Jungen Union engagiert, davon über fünf Jahre als ihr Vorsitzender. Aus meiner Sicht müssen wir dafür sorgen, dass Oberhausen für die junge Generation attraktiv bleibt und immer attraktiver wird. Sei es durch Freizeitangebote, sichere Schulwege, gute und bedarfsgerechte Mobilität zum Studien- und Arbeitsplatz sowie attraktive Arbeitsplätze in der Stadt und eine attraktive Umgebung, um eine Familie zu gründen. Ich engagiere mich dafür und dafür mache ich Politik, dass junge Menschen Oberhausen gerne als ihren Lebensmittelpunkt wählen.

Redaktion: Neben Bildung und Jugend setzen Sie sich auch intensiv für weitere Themen ein. Welche Bereiche sind das?

Hausmann-Peters: Ein großes Anliegen ist mir die Unterstützung von Familien. Es braucht nicht nur gut ausgestattete Schulen, sondern auch guten Wohnraum, familienfreundliche Freizeitmöglichkeiten und sichere Spielplätze. Gerade hier sehe ich großen Handlungsbedarf.

Thielen: Die Frage der Nachhaltigkeit darf dabei nicht fehlen. Wir haben in Oberhausen mit seiner zentralen Lage großes Potenzial, umweltfreundliche Mobilitätskonzepte zu fördern und mit traditionellen, wie dem PKW, zu verbinden, etwa durch gut aufeinander abgestimmte, besser ausgebaute und saubere ÖPNV-Verbindungen, Sharing-Angebote oder mehr Radwege. Wichtig ist dabei: Der Mix macht es!

Redaktion: Was halten Sie von der Sozialpolitik der bisherigen Bundesregierung, die den Menschen gerade in diesem Bereich viel versprochen hat?

Hausmann-Peters: Ich sehe das kritisch. Sozialpolitik muss diejenigen unterstützen, die es wirklich brauchen und gleichzeitig Anreize zur Eigeninitiative bieten. Aktuell sehe ich immer öfter eine Umverteilung, die dem Leistungsprinzip deutlich widerspricht.

Thielen: Sozialpolitik darf keine Einbahnstraße sein. Gerade für junge Menschen müssen wir Anreize schaffen, damit sie eine Perspektive haben und sich aktiv dafür einbringen. Junge Menschen, die gerade ins Berufsleben starten – davon bin ich überzeugt – wollen etwas leisten und sich in ihren Berufen verwirklichen. Daher ist wichtig, dass Leistung von Beginn an honoriert wird. Dem immer wieder herbeigeschriebenen Konflikt zwischen den Generationen kann ich daher nichts abgewinnen.

Ehrliche und sachliche Diskussionen sind für eine gesunde Gesellschaft entscheidend. Politik darf den Menschen nicht das Blaue vom Himmel versprechen, sondern muss realistische und ausgewogene Lösungen bieten.

Gundula Hausmann-Peters



Gundula Hausmann-Peters Foto: Uwe Ernst

Junge Menschen, die gerade ins Berufsleben starten – davon bin ich überzeugt – wollen etwas leisten und sich in ihren Berufen verwirklichen. Daher ist wichtig, dass Leistung von Beginn an honoriert wird.

Johannes Thielen



Johannes Thielen Foto: Uwe Ernst

Redaktion: Die Oberhausener CDU steht für eine gute Diskussionskultur, die den politischen Austausch belebt. Wie kann man die Menschen einladen teilzunehmen, sich aktiv einzubringen?

Hausmann-Peters: Indem wir zuhören und auch unangenehme Wahrheiten klar ansprechen. Ehrliche und sachliche Diskussionen sind für eine gesunde Gesellschaft entscheidend. Politik darf den Menschen nicht das Blaue vom Himmel versprechen, sondern muss realistische und ausgewogene Lösungen bieten.

Thielen: Genau. Wir brauchen eine Diskussionskultur, die Mut zur Wahrheit zeigt – das bringt uns alle weiter.

Redaktion: Welche Perspektive sehen Sie für die CDU in Oberhausen?

Hausmann-Peters: Wir wollen eine CDU, die weiter als verlässliche Kraft in Oberhausen wahrgenommen wird – offen für neue Ideen und gleichzeitig verankert in unseren Werten. Oberhausen verdient eine starke, zukunftsorientierte Politik, so wie seit 2015 und im Gegensatz zu den Jahrzehnten zuvor.

Thielen: Unser Ziel ist es, die CDU zur ersten Anlaufstelle für alle zu machen, die Verantwortung für die Stadt übernehmen wollen. Ein starkes Oberhausen baut auf starke Bürger und eine starke CDU, die sich für alle Generationen einsetzt. Unser erklärtes Ziel: Die CDU bleibt 2025 kommunal die politisch stärkste Kraft und Simone-Tatjana Stehr wird unsere Abgeordnete in Berlin!



Jahresempfang

Oberbürgermeister Schranz appelliert: Haltung zeigen!

Foto: Tom Thöne

Mit einer vielbeachteten Rede hat sich unser Oberbürgermeister Daniel Schranz beim traditionellen Jahresempfang für die Demokratie stark gemacht.

Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen, mit wirksamen Reformen den Herausforderungen der Zeit begegnen und vor allem: Haltung zeigen! Mit diesen Appellen hat Oberbürgermeister Daniel Schranz beim Jahresempfang Ende Januar in der Luise-Albertz-Halle viel Beifall von den Gästen aus der Stadtgesellschaft bekommen. Wir drucken die zum Teil sehr persönliche Rede hier in Auszügen ab.

„Unser Land, Europa, ja die ganze Welt ist in Bewegung – mit andauernden Kriegen, der neuerlichen Vereidigung von Donald Trump als US-Präsident, Regierungskrisen in unseren Nachbarländern, dem Scheitern der Bundesregierung aber eben auch bei uns, dem Dämpfung der deutschen Wirtschaft in einer anhaltenden Flaute, furchtbaren Anschlägen wie in Magdeburg. Jedes einzelne dieser Ereignisse ist schon dazu geeignet, für Verunsicherung zu sorgen – für wie viel mehr Verunsicherung sorgt dann erst eine solche Zusammenballung!“

„Ich habe mich also gefragt, was meine Antwort auf diese aktuellen Herausforderungen ist, auf die übergreifenden gesellschaftlichen Fragen, aber eben auch auf unsere kommunalen Aufgaben, unsere Oberhausener Diskussionen. Meine Antwort würde ich formulieren mit: Haltung zeigen! In einem doppelten Sinne: als Appell an uns alle, bei den anstehenden Wahlen und darüber hinaus Haltung zu zeigen, aber eben auch als Auftrag an mich, meine Haltung zu benennen. Und das will ich gerne tun: erstens als eine Haltung der Demokratie und gegen den Extremismus, zweitens als eine Haltung des Respekts und der Gemeinsamkeit, und drittens als eine Haltung des Anpackens und des Gestaltens.“

Deutsche Geschichte als Mahnung

Zu seiner Haltung der Demokratie und gegen Extremismus erinnert der Historiker und Politikwissenschaftler

Schranz an die deutsche Geschichte: Wohin Nationalismus, Diktaturen und Extremismus führten, „dafür muss uns Deutsche doch das vergangene Jahrhundert immer eine Mahnung sein mit zwei Weltkriegen, die von deutschem Boden ausgegangen sind.“

Mich haben als Jugendlichen die Besuche sehr geprägt, die wir im Rahmen unserer Ferienfreizeiten von Sankt Marien zu den Soldatenfriedhöfen von Verdun und der Normandie, aber auch in das Konzentrationslager Buchenwald unternommen haben.

Neben den Fotos aus dieser Zeit der 1990er Jahre hängen bei mir zu Hause Fotos aus den 1980er Jahren – von der Berliner Mauer. Damals waren meine Schwester und ich ganz stolz, dass unser Vater uns zu seinen beruflichen Terminen mit in den Westen des geteilten

Es braucht in unserem Land dringend Reformen. Wenn uns diese gelingen, wenn es uns gelingt, die Wirtschaft wieder anzukurbeln und unsere bröckelnde Infrastruktur zu sanieren, wenn es uns gelingt, die innere und äußere Sicherheit zu stärken, wenn es uns gelingt, in der Migrationspolitik zu einem Konsens zu kommen, der die dringend benötigte Zuwanderung möglich macht, sie gleichzeitig aber wirksam reguliert und steuert, dann – davon bin ich überzeugt – gelingt es uns auch, das schwindende Vertrauen in die Demokratie wieder zu stärken.

Oberbürgermeister Daniel Schranz

Berlins nahm, zum Checkpoint Charlie oder zu den Aussichtsplattformen, von denen man über die Mauer auf das Brandenburger Tor schauen konnte. Ich kann mich auch deshalb gut daran erinnern, wie ich später, nach dem Mauerfall, das erste Mal durch das geöffnete Brandenburger Tor gehen konnte.“

Politische Abschottung und Extremismus seien nicht nur eine Gefahr für die Demokratie, fuhr das Stadtoberhaupt fort: „Sie sind eine Bedrohung für den Frieden, für unsere Freiheit, für Gerechtigkeit, für unseren Wohlstand. Und deswegen müssen wir dagegen Haltung zeigen! Soll das bedeuten, dass die Demokratie aus meiner Sicht die berechtigten Erwartungshaltungen ihrer Bürgerinnen und Bürger ignorieren dürfte, weil es zu ihr ja keine bessere Alternative gibt? Ganz sicher nicht! Die Bevölkerung erwartet von einer Demokratie zu Recht, dass der Staat sie schützt gegen innere und äußere Feinde, dass er Freiheit und Selbstbestimmung sichert, dass er auf den Klimawandel reagiert, dass er den individuellen Aufstieg zu Wohlstand möglich macht.“

Für mich heißt das, dass es in unserem Land dringend Reformen braucht. Wenn uns diese gelingen, wenn es uns gelingt, die Wirtschaft wieder anzukurbeln und unsere bröckelnde Infrastruktur zu sanieren, wenn es uns gelingt, die innere und äußere Sicherheit zu stärken, wenn es uns gelingt, in der Migrationspolitik zu einem Konsens zu kommen, der die dringend benötigte Zuwanderung möglich macht, sie gleichzeitig aber wirksam reguliert und steuert, dann – davon bin ich überzeugt – gelingt es uns auch, das schwindende Vertrauen in die Demokratie wieder zu stärken.

Zum Haltung zeigen gehört für mich zum zweiten, dass wir mit einer Haltung des Respekts und der Gemeinsamkeit dem Auseinanderdriften der Gesellschaft etwas entgegensetzen. Wie das geht, haben uns die 53 Oberhausener

Schulen gezeigt, indem sie mit ihrer gemeinsamen Aktion zur Woche der Demokratie von der Grundschule bis zum Berufskolleg Position für Demokratie, Vielfalt und Toleranz bezogen haben.“

Dann kam Schranz zur dritten Dimension von Haltung zeigen, einer „Haltung des Anpackens und Gestaltens“. Als Beispiele aus der Oberhausener Wirtschaft führte er etwa den aktuell größten Elektrolyseur Deutschlands von Air Liquide auf dem Gelände der Ruhrchemie an, und andererseits die Millionen-Investition von Semmel Concerts Entertainment, um das Metronom Theater in der Neuen Mitte wiederzu-eröffnen.

Stadt investiert Rekordsumme

„Die Haltung des Anpackens und Gestaltens gilt aber natürlich mindestens genauso für uns als Stadt“, betonte der Oberbürgermeister: „Wenn wir die Verhältnisse für die Allgemeinheit verbessern wollen, dann brauchen wir Entwicklung und Veränderung. Es würde ja eben nicht reichen, wenn wir in der Politik nur debattieren, wenn wir in der Verwaltung nur Konzepte ausarbeiten würden – aber das tun wir ja auch nicht! Davon zeugt die Rekord-Investitions-summe von mehr als 100 Millionen Euro, die wir im vergangenen Jahr in unserer Stadt verbaut haben! Auch in diesem Jahr fließt der allergrößte Teil – nämlich weit mehr als ein Drittel dieser Summe – in unsere Bildungslandschaft.“

Seinen Appell, Haltung zu zeigen, unterstrich Oberbürgermeister Schranz schließlich mit einem Zitat des Theologen und Widerstandskämpfers Dietrich Bonhoeffer: **„Die Ehrfurcht vor der Vergangenheit und die Verantwortung gegenüber der Zukunft geben fürs Leben die richtige Haltung.“**



Ordnungspolitik

Sicherheit für Lebensqualität

Razzia in Oberhausen. Foto: Gerd Wallhorn / FUNKE Foto Services

CDU fordert deutliche Verstärkung für den städtischen Ordnungsdienst

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen macht unmissverständlich klar: Sicherheit und Ordnung müssen oberste Priorität haben! Sie setzt sich weiterhin konsequent für mehr Sicherheit und Ordnung in Oberhausen ein. Der Kommunale Ordnungsdienst (KOD) hat in den vergangenen Jahren mit engagierter und kompetenter Arbeit überzeugt und Vertrauen aufgebaut. Doch angesichts wachsender Herausforderungen ist eine deutliche personelle Verstärkung unverzichtbar. Die CDU fordert 100% mehr Personal, um Oberhausen konsequent sicherer und lebenswerter zu machen.

Der KOD steht für mehr Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt und leistet großartige Arbeit“, erklärt Simone-Tatjana Stehr, Fraktionsvorsitzende der CDU. „Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger haben sich aber deutlich verändert. Sie lassen sich mit der aktuellen Personalstärke schlicht nicht bewältigen. Deshalb fordern wir

ein Bekenntnis und eine schrittweise Aufstockung um mindestens 100 Prozent.“

Mehr Präsenz für effektivere Ordnungspolitik

Frank Bandel, ordnungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, unterstreicht die Bedeutung einer personellen Verstärkung: „Mit aktuell 26 Kräften ist es schlicht unmöglich, in einer Stadt mit 213.000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine flächendeckende Präsenz zu gewährleisten. Wir brauchen dringend mehr Personal, um schnell und konsequent auf Ordnungsverstöße reagieren zu können.“

Zusätzlich betont Bandel, dass eine erhöhte Präsenz nicht nur präventiv wirke, sondern auch das Vertrauen der Menschen in die kommunale Ordnung und Sicherheit stärke: „Wenn Bürgerinnen und Bürger sehen, dass Verstöße konsequent geahndet werden, fühlen sie sich sicherer und konsequenterweise auch stärker mit ihrer Stadt verbunden. In Oberhausen gibt es klare Regeln und

diese werden auch durchgesetzt!“ Neben der Personalaufstockung fordert die CDU eine striktere Anwendung des Bußgeldkatalogs. „Wir müssen sicherstellen, dass Ordnungsverstöße gezielt und konse-

quent geahndet werden“, erklärt Bandel. „Das ermöglicht es dem KOD, seine Ressourcen effizient einzusetzen und die Ordnungspolitik insgesamt zu stärken.“

Die CDU-Fraktion sieht Sicherheit als zentralen Bestandteil von Lebensqualität und Heimatgefühl. „Wenn die Menschen wissen, dass ihre Stadt sicher ist, trägt das entscheidend zu ihrem Wohlbefinden bei“, so Stehr. Darüber hinaus betont sie, dass ein gestärkter KOD langfristig Einsparungsmöglichkeiten an anderen Stellen eröffnet. „Ein konsequenter Ordnungsdienst reduziert nicht nur Sicherheitsprobleme, sondern fördert indirekt auch die Sauberkeit und Ordnung in der Stadt.“

Die Forderung der Christdemokraten hat bereits politischen Zuspruch gefunden und ein Umsetzungskonzept wird nun schrittweise durch die Verwaltung erarbeitet. Für die Fraktion steht fest: Sicherheit ist die Grundlage für ein lebenswertes Oberhausen – und der Ausbau des KOD ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.



„Die Kolleginnen und Kollegen des Kommunalen Ordnungsdienstes leisten hervorragende Arbeit und bewirken viel in unserer Stadt. Dennoch stellen wir selbstverständlich auch fest, dass es bei steigenden Anforderungen mit der aktuellen Personalstärke Grenzen des Machbaren gibt. Mehr Beschäftigte würden uns hier einen entscheidenden Schritt nach vorne bringen und spürbar zur Sicherheit und Ordnung in Oberhausen beitragen.“

Michael Jehn, Beigeordneter für öffentliche Ordnung, Personal und IT

„Konjunkturprogramm für organisierte Kriminalität“

Warum die Cannabis-Legalisierung der Ampel unsere Sicherheit gefährdet

Die CDU in Oberhausen warnt eindringlich vor den Folgen der von der Ampelregierung beschlossenen Cannabis-Legalisierung. Die Einführung dieser Gesetzgebung sollte ursprünglich den Schwarzmarkt austrocknen und die Sicherheit in Deutschland verbessern. Doch die Realität zeigt ein völlig anderes Bild: Die Legalisierung befeuert die Kriminalität – auch in unserer Stadt.

Gesetz mit gefährlichen Nebenwirkungen

Seit dem 1. April 2024 erlaubt das Gesetz den Besitz von bis zu 25 Gramm Cannabis für Erwachsene und die Lagerung von bis zu 50 Gramm in den eigenen vier Wänden. Ziel der Ampel war es, den Konsum zu regulieren und den illegalen Handel zurückzudrängen. Doch bereits wenige Monate nach Inkrafttreten ist klar: Der Schwarzmarkt floriert weiterhin. Experten berichten sogar von einem Anstieg des Konsums und einer stärkeren Verbreitung illegaler

Handelsstrukturen – Entwicklungen, die auch in Oberhausen sichtbar sind.

Polizei in NRW an die Grenzen gebracht

Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) bestätigt, dass die Nachfrage nach Cannabis deutlich gestiegen ist. Besonders besorgniserregend:



NRW kämpft mit dem zunehmenden Problem des Cannabis-Besitzes.

Foto: Marc Albers / FUNKE Foto Services

Dealer nutzen die Gesetzeslücken gezielt aus, um sich strafrechtlicher Verfolgung zu entziehen. Laut Gewerkschaft der Polizei (GdP) transportieren Kriminelle bewusst die gesetzlich erlaubten Mengen, die für den Handel völlig ausreichen. „Die Polizei wird hier faktisch handlungsunfähig gemacht“, kritisiert die Oberhausener CDU-Fraktion.

Dirk Rubin, Vorsitzender des Polizeibeirates in Oberhausen, bringt es auf den Punkt: „Die Ampelregierung hat mit der Cannabis-Legalisierung ein Konjunkturprogramm für die organisierte Kriminalität aufgelegt“. Da legale Anbau- und Vertriebsstrukturen fehlten, würden kriminelle Netzwerke die Lücke füllen und von der steigenden Nachfrage profitieren. „Die Folgen spüren wir direkt in unserer Stadt – durch eine Zunahme von Drogenkriminalität und einer wachsenden Bedrohung der öffentlichen Sicherheit.“ Diese Einschätzungen teilen auch zahlreiche Experten. Der Bund Deutscher

Kriminalbeamter (BDK) warnt vor einer Ausbreitung der Bandenkriege, wie sie bereits in den Niederlanden zu beobachten sind.

CDU Oberhausen fordert Kurswechsel

„Die Ampelregierung hat versprochen, den Schwarzmarkt zu bekämpfen – stattdessen erleben wir eine Zunahme von Drogenkriminalität und eine Gefahr für unsere Kinder und Jugendlichen“, betont die Kreisvorsitzende Simone-Tatjana Stehr. In der Konsequenz setzt sich die Oberhausener CDU entschieden für die Rücknahme der Cannabis-Legalisierung ein. „Dieses gescheiterte Experiment muss gestoppt werden. Die Legalisierung war ein schwerer Fehler. Politik muss Probleme lösen – nicht neue schaffen. Nach der Bundestagswahl muss auch dieser Spuk endlich ein Ende haben!“, fordert Stehr abschließend.

SPD, Grüne, Linke und BOB lassen Borbeck im Stich!

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen zeigt sich verwundert und enttäuscht über die ablehnende Haltung von SPD, Grünen, Linker Liste und BOB gegenüber der geplanten „Spange Borbeck“. Der Vorschlag für eine neue Straßenverbindung zwischen dem Brammenring und der Ripshorster Brücke, der zum Ziel hatte, die chronischen Verkehrsprobleme im Stadtteil Borbeck und der Neuen Mitte spürbar zu entschärfen, hat keine Mehrheit gefunden. Die dringend benötigte Entlastung für Borbecks Bürgerinnen und Bürger ist damit in weite Ferne gerückt.

Borbeck bleibt im Stau stecken

Die Verkehrslage in Borbeck gilt seit Jahren als besonders belastend: Verspätete Busse, lange Umwege und Staus prägen den Alltag der Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer. „Die Menschen in Borbeck stehen tagtäglich im Stau. Während die Luftqualität durch die ständigen Verzögerungen leidet und die Verkehrssicherheit sinkt, geht auch die Geduld verloren. Mit der ‚Spange Borbeck‘ wollten wir in einem ersten Schritt diesem Schrecken ein Ende bereiten und eine nachhaltige Lösung schaffen“, erklärt Gundula Hausmann-Peters, Stadtverordnete für Borbeck. Die geplante Verbindung sollte eine messbare Entlastung schaffen, indem eine direkte Route zwischen dem stark frequentierten Bereich der Neuen Mitte und dem Stadtteil Borbeck entsteht. Gleichzeitig wurden sichere Wege für Radfahrer und Fußgänger als Teil des Konzepts gefordert. Eine sachliche Prüfung der Machbarkeit dieser Idee haben die anderen Parteien aber kategorisch abgelehnt.

„Wir haben keine Bauentscheidung gefordert, sondern eine Machbarkeitsprüfung“, betont Denis Osmann, planungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.



Verkehr

Ideologie verhindert Lösungen

So könnte die Verbindung zwischen dem östlichen Kreisverkehr am Brammenring und der Ripshorster Straße aussehen.

„Dass selbst diese Möglichkeit abgelehnt wurde, lässt sich nur mit einer ideologischen Blockadehaltung erklären, denn Sachgründe gibt es nicht. Eine solche Haltung schadet den Borbeckern und das ärgert uns am meisten.“

Für die CDU war der Prüfauftrag der erste Schritt zu einer umfassenden Lösung der Verkehrsprobleme, die sämtliche Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer treffen. „Die Grünen sprechen oft von Mobilitätswende, lehnen aber genau dort pragmatische Ansätze ab, wo sie dringend gebraucht werden“, so Osmann weiter. „Das ist widersprüchlich und verantwortungslos, selbst der eigenen Politik gegenüber.“

Wirtschaft und Umwelt leiden

Die CDU betont, dass die ignorante Ablehnung von SPD, Grünen, Linker Liste und BOB ebenso die Lebensqualität gefährde wie die wirtschaftliche Entwick-



Die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Gundula Hausmann-Peters und Denis Osmann machen sich ein Bild von der Lage vor Ort. Foto: CDU

lung des Stadtteils Borbeck. „Eine kluge Verkehrsanbindung zählt heute zu den entscheidenden Faktoren für die Attraktivität eines Stadtteils“, erklärt Hausmann-Peters. „Wenn Unternehmen und Besucher jedoch Hürden nehmen müssen, wie im konkreten Fall, um ihr Ziel zu erreichen, leidet auch die lokale Wirtschaft. Lange Staus provozieren zudem unnötige Umwege, belasten Nebenstra-

ßen und belasten allein deshalb unnötig unsere Umwelt. Mich wundert es, dass Politik das hinnimmt. Dabei geht es nicht darum, der CDU zu folgen, aber wenn man keine Alternativen hat, einfach abzulehnen, womit man sich selbst nicht auseinandersetzt, das hat eine neue Qualität, die wir uns für die Menschen nicht wünschen.“

Kritisch sehen die Christdemokraten auch die Auswirkungen auf die umliegenden Stadtteile: „Die Menschen in Borbeck werden durch die Verkehrsprobleme abgehängt“, kritisiert Hausmann-Peters.

CDU bleibt dran: Kampf für Borbeck

Trotz der Ablehnung des Prüfauftrags wird sich die CDU-Fraktion weiterhin für die Umsetzung der Spange Borbeck einsetzen. „Die Menschen in Borbeck verdienen eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur“, erklärt Osmann. „Wir werden nicht aufgeben, bis Lösungen gefunden sind.“

Schluss mit dem Wohnmobil-Chaos in Oberhausen-Königshardt

Die CDU-Fraktion Oberhausen macht Druck, um die Parksituation am Parkplatz Matzenberg-, Ecke Pfälzer Straße zu verbessern. Grund sind Beschwerden von Anwohnern und Gewerbetreibenden über Wohnmobile und Wohnwagen, die dort sogar dauerhaft abgestellt würden. Dies blockiere nicht nur wertvolle Parkflächen, sondern beeinträchtige auch das Erscheinungsbild der Umgebung negativ.

„Es ist nicht hinnehmbar, dass öffentliche Parkplätze als Dauerstellplatz für Wohnmobile zweckentfremdet werden“, erklärt Simone-Tatjana Stehr, die Fraktionsvorsitzende der CDU. Sie unterstreicht, dass diese Parkflächen allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung



Wohnmobile reihen sich aneinander

stehen müssen und sicher nicht für den Langzeitbedarf von Wohnmobilbesitzern aus Oberhausen oder sogar aus anderen Städten bereitzuhalten sind. Außerdem führt die eingeschränkte Möglichkeit, die Fläche regelmäßig zu reinigen, zu einem negativen Erscheinungsbild der gesamten Fläche. Denis Osmann, der mobilitätspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, fordert daher kurzfristig eine Sperrung der Parkflächen für Wohnmobile und Wohnwagen, um deren dauerhafte Nutzung zu unterbinden. „Wir wollen verhindern, dass der Parkplatz als Abstellfläche für große Fahrzeuge dauerhaft missbraucht wird. Öffentliche Flächen sind für alle da und dürfen daher auch nicht auf Dauer blockiert werden. Davon lassen wir uns auch nicht durch Blockadehaltungen der SPD abbringen“, betont Osmann. Gleichzeitig nimmt die CDU-Fraktion den Bedarf an Stellplätzen für Reisemobile wahr. Die Zulassungszahlen von Wohnmobilen haben sich in den letzten

Jahren, vor allem während der Coronapandemie, stark erhöht. Dies zeigt, dass mehr Abstellplätze benötigt werden. „Es ist aber nicht Aufgabe der Stadt, für kostenfreie Abstellmöglichkeiten von Reisemobilen zu sorgen. Wir schlagen vor, dass die Stadt durch die OWT Wirtschaftsförderung mit privaten Betreibern ins Gespräch kommt, um alternative Stellflächen zu schaffen“, so Osmann.

Aufwertung des Quartiers

Neben der kurzfristigen Sperrung und der Suche nach alternativen Stellplätzen für Reisemobile plant die CDU, die Stadtverwaltung unter Bürgerbeteiligung ein umfassendes Nutzungskonzept für die Fläche an der Matzenberg-, Ecke Pfälzer Straße erarbeiten zu lassen. Vorrangiges Ziel sei es, das Quartier optisch aufzuwerten und eine Nutzung zu finden, die der Umgebung zugutekommt. Osmann betont: „Das Erscheinungsbild unserer Stadt darf nicht durch eine Ansammlung von Wohnmobilen beeinträchtigt werden. Wir müssen sicherstellen, dass solche Flächen angemessen genutzt werden und sowohl die Parkflächen – die in ausreichendem Maße erhalten bleiben müssen – als auch das Wohnumfeld an Attraktivität gewinnen.“

Heller Asphalt gegen Hitze

Oberhausen soll mit modernen Maßnahmen gegen den Klimawandel punkten. Die CDU-Fraktion schlägt hierfür vor, helle Asphaltbeläge zu testen, die durch ihre reflektierende Wirkung die Oberflächentemperaturen deutlich senken können. Erste Studien zeigen, dass die Beläge die Straßentemperaturen um bis zu 17°C reduzieren und so auch die nächtliche Umgebungstemperatur im Straßenraum um bis zu 5°C absenken können. „Helle Straßenbeläge könnten unterstützen, die Lebensqualität in unserer Stadt zu steigern, indem Hitzeinseln deutlich heruntergefahren würden“, so Frank Bandel, umweltpolitischer Sprecher. Neben der Temperaturreduktion könnte auch die Lärmbelastung durch diese Beläge verringert werden. Städte wie Bern haben der Fraktion zufolge bereits positive Erfahrungen mit solchen Projekten gesammelt. Die CDU-Fraktion fordert daher eine Pilotphase in Oberhausen, um die Wirksamkeit zu testen. Albin Bajric, Mitglied im Umweltausschuss, sieht darin einen wichtigen Schritt, Oberhausen klimafreundlicher zu gestalten: „Wir brauchen innovative Maßnahmen, um die Stadt nachhaltig abzukühlen und zukunftsfähig zu machen.“

Impressum

CDU-Fraktion im Rat der Stadt
Oberhausen (Seiten 5,6,7)
Rathaus, Raum 256
Schwartzstr. 72
46045 Oberhausen
Telefon: 0208 825-2135/-2719
E-Mail: fraktion@cdu-oberhausen.de
V.i.S.d.P.: Simone-Tatjana Stehr
Redaktion: Tobias Henrix
Gestaltung: Freunde & Ernst, Essen

Die CDU-Ratsfraktion

- Simone-Tatjana Stehr**
Fraktionsvorsitzende
Schwarze Heide
stehr@cdu-oberhausen.de
- Gundula Hausmann-Peters**
Stellv. Fraktionsvorsitzende
Borbeck
hausmann-peters@cdu-oberhausen.de
- Denis Osmann**
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Sterkrade-Mitte-Nord
osmann@cdu-oberhausen.de
- Robert Babic**
Osterfeld-Mitte
babic@cdu-oberhausen.de
- Frank Bandel**
Königshardt
bandel@cdu-oberhausen.de
- Helmut Bennewa**
Sterkrader Heide
bennewa@cdu-oberhausen.de
- Christian Benter**
Schlad
benter@cdu-oberhausen.de
- Klaus-Dieter Broß**
Holten
bross@cdu-oberhausen.de
- Karin Dubbert**
Alstaden-Ost
dubbert@cdu-oberhausen.de
- Chris Höppner**
Brücktor
hoeppner@cdu-oberhausen.de
- Holger Ingendoh**
Schmachtendorf
ingendoh@cdu-oberhausen.de
- Eugen Lenz**
Stadtmitte-Süd
lenz@cdu-oberhausen.de
- Werner Nakot**
Erster Bürgermeister
Vennepoth
nakot@cdu-oberhausen.de
- Dirk Rubin**
Sterkrade-Nord
rubin@cdu-oberhausen.de
- Georgis Schmidt**
Stadtmitte-Nord
schmidt@cdu-oberhausen.de
- Saadettin Tüzün**
Sterkrade-Mitte-Süd
tuezuen@cdu-oberhausen.de
- Andreas Völker**
Styrum
voelker@cdu-oberhausen.de
- Ulrike Willing-Spielmann**
Alsfeld
willing-spielmann@cdu-oberhausen.de
- Marita Wolter**
Rothebusch
wolter@cdu-oberhausen.de

Impressum

Herausgeberin: CDU Oberhausen
(Seiten 1, 2, 3, 4, 8)
Gewerkschaftsstr. 47–49
46045 Oberhausen
Telefon: 0208 200948
E-Mail: klartext@cdu-oberhausen.de
www.cdu-oberhausen.de
V.i.S.d.P.: Simone-Tatjana Stehr
Redaktion: Christian Benter
Gestaltung: Freunde & Ernst, Essen



Kerzen und Blumen am Ort des Messerangriffs in Aschaffenburg am 23. Januar 2025 Foto: Daniel Löb/dpa

Asylpolitik

Wir werden diesen Zustand beenden

Das Ende der verfehlten Asylpolitik

Deutschland steht am Scheideweg. Tragische Ereignisse wie in Mannheim, Solingen, Magdeburg und nun Aschaffenburg führen uns auf schmerzliche Weise vor Augen, wohin eine fehlgeleitete und unkontrollierte Asylpolitik führen kann. Unsicherheit und berechtigte Ängste greifen um sich, während die Verantwortlichen dieser falschen Asylpolitik – Rot und Grün – weiter wegsehen. Es ist Zeit, klare Antworten zu geben, statt weiterhin Ausflüchte zu suchen.

Friedrich Merz und die CDU haben einen Plan – einen entschlossenen, konsequenten und rechtsstaatlich fundierten Weg, um den Kontrollverlust an unseren Grenzen zu beenden und die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger wiederherzustellen. Fünf zentrale Maßnahmen stehen im Mittelpunkt, um die Weichen neu zu stellen. Diese Punkte sind mehr als Forderungen – sie sind ein Versprechen an Deutschland, dass wir wieder für Ordnung, Schutz und Perspektive sorgen.

Klar ist: Es braucht eine radikale Änderung der deutschen Einwanderungs- und Asylpolitik.

Zurückweisungen an allen deutschen Grenzen:

Illegale Einreisen müssen konsequent verhindert werden. Alle deutschen Grenzen sind dauerhaft zu kontrollieren, und Personen ohne gültige Einreisepapiere dürfen nicht ins Land gelassen werden. **„Die europäischen Regeln sind erkennbar dysfunktional. Deutschland muss daher von seinem Recht auf Vorrang des nationalen Rechts Gebrauch machen.“**

Bundespolizei soll Haftbefehle erteilen können:

Die Bundespolizei soll befugt werden, eigenständig Haftbefehle für ausreisepflichtige Personen zu erteilen, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu stärken. **„Die Bundespolizei greift regelmäßig ausreisepflichtige Personen auf. Sie muss endlich das Recht erhalten, Haftbefehle zu erteilen.“**

Mehr Plätze für Ausreisegewahrsam:

Die Zahl der Abschiebegewahrsamsplätze muss dringend erhöht werden, um sicherzustellen, dass ausreisepflichtige Personen nicht untertauchen können. **„Der Bund muss so schnell wie möglich alle verfügbaren Liegenschaften für Abschiebegewahrsam zur Verfügung stellen.“**

Der Bund muss die Länder bei Abschiebungen entlasten:

Der Bund soll die Bundesländer bei Abschiebungen stärker unterstützen. Rückführungen müssen täglich und in deutlich größerer Zahl erfolgen.

„Abschiebungen und Rückführungen müssen ab sofort täglich stattfinden und die Zahl muss endlich größer werden als die Zahl der täglich Einreisenden.“

Ausreisearrest für ausreisepflichtige Gefährder und Täter:

Gefährliche und straffällige Ausreisepflichtige sollen in unbefristeten Ausreisearrest genommen werden, bis ihre Abschiebung vollzogen ist.

„Jeder ausreisepflichtige Gefährder und Täter soll in zeitlich unbefristeten Ausreisearrest genommen werden, bis er die mögliche freiwillige Ausreise antritt oder die zwangsweise Abschiebung gelingt.“



Friedrich Merz: „Ich werde im Fall meiner Wahl zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland am ersten Tag meiner Amtszeit das Bundesinnenministerium im Wege der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers anweisen, die deutschen Staatsgrenzen zu allen unseren Nachbarn dauerhaft zu kontrollieren und ausnahmslos alle Versuche der illegalen Einreise zurückzuweisen.“ Foto: Markus Schwarze